Anlage 3

Ergänzung aufgrund von Stellungnahmen des Amtes für Stadtfinanzen, des Rechtsamtes und des Haupt- und Personalamtes

Das Amt für Stadtfinanzen lehnte die DR/BV/032/2011/V-53 ab, weil die Höhe der Personal- und Sachkosten nicht beziffert wurde. Der Landkreis Wittenberg wurde daraufhin gebeten, die im Jahr 2010 entstandenen Personal- und Sachkosten mitzuteilen. Die erforderlichen Angaben wurden am 24.02. 2011 übermittelt. Im Rahmen des 2. Funktionalreformgesetzes erfolgte für die Handelsklassenüberwachung/Düngeverordnung ein Personalübergang vom Land Sachsen-Anhalt auf den Landkreis Wittenberg. Die entsprechende Person hat Anspruch auf Dienstbezüge in gleicher Höhe wie zuvor in der Landesverwaltung. Demzufolge sind Personalkosten wie in der Tabelle dargestellt entstanden. Bei den Sachkosten werden 3 Positionen unterschieden, wobei die erste Position die Kosten für Dienstreisen, Aus- und Fortbildung, Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen usw. enthält.

Kosten für die Handelsklassenkontrolle im Landkreis Wittenberg für das Jahr 2010

	Gesamt	davon 30 %
Personalkosten	64.106,51 €	19.231,95 €
Sachkosten gemäß Kosten-Leistungsrechnung im Teilprodukt 122305	1.910,10 €	573,03 €
umlagefähige Betriebskosten eines Arbeitsplatzes je Mitarbeiter	3.159,54 €	947,86 €
IT-Kosten je Mitarbeiter	2.398,13 €	719,44 €
Kosten insgesamt	71.574,28 €	21.472,28 €

Weiterhin wurde beanstandet, dass es im Haushaltsplan 2011 keinen Planansatz für diese Aufgaben gibt. Die Handelsklassenüberwachung wurde zum 01.01.2010 auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen. Im Dezernat V und im Amt 53 gibt es keine Haushaltsstelle für die Handelsklassenüberwachung, da diese Aufgabe dort nicht wahrgenommen wurde.

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei der Handelsklassenüberwachung um eine Pflichtaufgabe handelt, die durch das 2. Funktionalreformgesetz auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen wurde. Sofern die Zweckvereinbarung nicht abgeschlossen wird, muss die Aufgabe durch die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau selbst wahrgenommen werden.

Aufgrund eines Hinweises des Rechtsamtes wurde in § 9 (3) das Wort „jeweils“ eingefügt. Der überarbeitete Text der Zweckvereinbarung wurde als Anlage 2 in die BV eingefügt.

Das Haupt- und Personalamt empfahl eine Mitzeichnung durch das Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung, da das Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten übernehmen soll.